

Dietmar Sturzbecher/Mathias Burkert/Lars Hoffmann

Zwischen Akzeptanz und Absage – Das Verhältnis brandenburgischer Jugendlicher zu Gewalt und Rechtsextremismus

Zusammenfassung: Im Jahr 2010 wurden brandenburgische Jugendliche im Rahmen der Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ bereits zum siebenten Mal seit Anfang der 1990er-Jahre zu ihrer Lebenssituation und zu ihren Einstellungen befragt. Im vorliegenden Artikel werden ausgewählte Ergebnisse der Zeitreihenstudie zu den Themen „Jugendgewalt“ und „Rechtsextremismus“ dargestellt und erläutert. Nachdem zunächst ein Überblick über verschiedene Gewaltbegriffe gegeben wird, werden die Resultate aktueller Trendanalysen zur Jugendgewalt vorgestellt. Anschließend erfolgt eine Diskussion der Ergebnisse von statistischen Analysen zu den Ursachen für die Entstehung von Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen. Ergänzend werden Möglichkeiten zur Förderung von Friedfertigkeit durch Werteerziehung skizziert. Im zweiten Teil des Artikels werden Definitionen von Rechtsextremismus dargestellt, und es wird erläutert, wie dieses Phänomen im Rahmen der Zeitreihenstudie erfasst wurde. Nach einem Überblick über Trends zur Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen werden Ergebnisse präsentiert, die Rückschlüsse auf den typischen Verlauf der Ausbildung rechtsextremer Orientierungen erlauben. Dabei wird die These vertreten, dass Rechtsextremismus unter Jugendlichen als „gelebte Gewaltbereitschaft“ anzusehen ist. Abschließend werden die Empfehlungen für eine Erziehung zur Friedfertigkeit

um rechtsextremismusspezifische Präventionsempfehlungen erweitert.

Informationen zum Projekt

Das Land Brandenburg stellt das einzige Bundesland dar, in dem seit Anfang der 1990er-Jahre Veränderungen der Lebenssituation und der Einstellungen Jugendlicher in periodischen Abständen erfasst und analysiert werden. Begonnen wurde die Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ bereits im Jahr 1991, um „wendebedingte“ Veränderungen der Lebenssituation brandenburgischer Jugendlicher zu erfassen. Das Projekt wurde in den Jahren 1993, 1996, 1999, 2001 und 2005 fortgeführt.

Die siebente Erhebungswelle der Jugendstudie, die mit Mitteln des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg sowie des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg gefördert wurde, fand im ersten Halbjahr des Jahres 2010 statt. Insgesamt gaben 3.132 Jugendliche aus 40 zufällig ausgewählten Schulen und Oberstufenzentren des Landes Brandenburg Auskunft über ihre Einstellungen und ihre Erfahrungen in verschiedenen Lebensbereichen. Bei den vorangegangenen Erhebungswellen wurden ähnlich große Schülerstichproben befragt. Wie bei den Vorläuferstudien auch, beinhaltete der Fragebogen der „Jugendstudie 2010“ unter anderem Indikatoren zu den Themenbereichen „Gewalt“ und „Rechtsextremismus“. Im Folgenden sollen ausgewählte Ergebnisse zu diesen beiden Bereichen dargestellt und erläutert werden.

Mit Blick auf die nachfolgenden Kapitel muss noch darauf hingewiesen werden, dass sowohl die Ergebnisse von deskriptiven Auswertungen der aktuellen Befragungsdaten als auch die Resultate

von Trendanalysen auf gewichteten Daten beruhen. Hierfür wurden – auf der Grundlage von Informationen zur Verteilung der Merkmale „Geschlecht“, „Klassenstufe“ bzw. „Ausbildungsjahr“ und „Schulform“ in der Grundgesamtheit der brandenburgischen Jugendlichen – GewichtungsvARIABLEN berechnet, mit deren Hilfe bei jeder Erhebungswelle Strukturungleichheiten hinsichtlich der Zusammensetzung der Stichprobe der befragten Schüler und der Grundgesamtheit bereinigt wurden. Somit war es möglich, Trendanalysen durchzuführen, bei denen (zumindest bei manchen Indikatoren) bis ins Jahr 1993 zurückgeblickt werden kann. Für die Durchführung der ebenfalls in den nachfolgenden Abschnitten dargestellten hierarchischen Regressionsanalysen wurden hingegen – den Hinweisen aus der einschlägigen forschungsmethodischen Fachliteratur folgend – nicht-gewichtete Daten verwendet (Pospeschill 2009).

Jugendgewalt unter brandenburgischen Jugendlichen

Gewaltbegriffe

Der öffentliche Gewaltdiskurs entbehrt nach wie vor einer einheitlichen Begriffsdefinition. Dieser Umstand führt zu sich widersprechenden Ergebnissen innerhalb der Gewaltforschung, denn ohne ein übereinstimmendes theoretisches Verständnis von Gewalt erscheinen vergleichende Aussagen über die Verbreitung bzw. die Abnahme oder Zunahme von Gewalt schwierig (Willems/Eckert/Würtz/Steinmetz 1993). In diesem Zusammenhang weisen Parke und Slaby (Parke/Slaby 1983) darauf hin, dass widersprüchliche Ergebnisse der Gewaltforschung auf der Verwendung unterschiedlicher Bestimmungsmerkmale von Gewalt beruhen, und nennen drei solcher Merkmale:

1. Intentionalität bzw. „Schädigungsabsicht“ („Aggression¹ ist ein Verhalten, welches beabsichtigt, diejenige Person zu verletzen, gegen die es gerichtet ist.“);
2. Folgen („Aggression ist ein Verhalten, dessen Resultat die Schädigung eines anderen Individuums ist.“) und
3. Sozio-moralische Bewertungen („Aggression ist nicht eine Anzahl von Verhaltensweisen, sondern ein kulturell determiniertes Etikett für bestimmte Verhaltensmuster, das als Resultat einer sozio-moralischen Bewertung durch Beobachter entsteht.“).

In Abhängigkeit davon, welche dieser drei Bestimmungsmerkmale bei einer Definition von Gewalt im Vordergrund stehen, ergeben sich für die Beurteilung, ob Gewalt vorliegt, andere Implikationen. Ein Begriffsverständnis von Gewalt, das vor allem auf dem Aspekt der Intentionalität fokussiert, steht in Übereinstimmung mit dem in unserer Kultur verbreiteten Rechts- und Gerechtigkeitsempfinden. Demnach wird beispielsweise unterschieden, ob eine Körperverletzung vorsätzlich oder fahrlässig verübt wurde. Die Bewertung einer Tat durch Beobachter als „intendiert“ erscheint allerdings wenig zuverlässig, da Intentionalität schwer beobachtbar ist. Wird Gewalt an den eingetretenen Handlungsfolgen festgemacht, sind zwar eine zuverlässige Beobachtung und sogar eine Differenzierung von Niveaustufen leicht möglich. Ein solches Begriffsverständnis würde dann aber nicht unbedingt mit dem allgemeinen Rechtsempfinden übereinstimmen, da dann zum

1 Im allgemeinen Sprachgebrauch werden die Begriffe „Aggression“ und „Gewalt“ oftmals synonym verwendet. Tatsächlich erscheint eine eindeutige Abgrenzung der beiden Begriffe schwierig: Ursprünglich stammt „Aggression“ aus dem Lateinischen. „Aggredi“ bedeutet so viel wie „Etwas angehen“, „Aktiv werden“, aber auch „Angreifen“ oder „Überfallen“. Heute steht der Begriff meist für eine beabsichtigte oder zumindest in Kauf genommene Schädigung von Personen und weist somit eine große Überschneidung mit dem Terminus „Gewalt“ auf.

Beispiel „versuchter Mord“ keine Gewalttat mehr darstellen würde. Darüber hinaus wäre eine Verwendung von Handlungsfolgen als hauptsächliches Bestimmungsmerkmal für das Vorliegen von Gewalt mit einer massiven Unterschätzung und Vernachlässigung mentaler Voraussetzungen für Gewalthandeln (z. B. Gewaltbereitschaft und bestimmte Wertorientierungen) verbunden (Langner/Sturzbecher 1997; Sturzbecher/Landua/Shala 2001).

Die Fokussierung auf sozio-moralische Bewertungen als maßgebliches Bestimmungsmerkmal von Gewalt führt aus dem skizzierten Dilemma heraus. Mit einem solchen Begriffsverständnis können Form und Intensität der Tat, Intentionalität, vorangegangene Ereignisse wie Provokationen, das Ausmaß der Schädigung sowie Rolle und Status von Täter und Opfer bei der Klassifikation eines Verhaltens als Gewalt berücksichtigt werden. Allerdings birgt auch dieser Gewaltbegriff Probleme, da die Maßstäbe für das Vorliegen von Gewalt pluralisiert werden und nun abhängig von situativen Gegebenheiten sowie von sozialen Bewertungen der Beteiligten und ihres Umfelds sind: Diskussionen um Gewalt in der Familie oder gegen Ausländer spiegeln diese unterschiedlichen Maßstäbe wider.

Neben den genannten Bestimmungsmerkmalen beeinflussen qualitative Abgrenzungen das Gewaltverständnis; Willems et al. (1993) differenzieren die folgenden Varianten:²

1. den restriktiven Gewaltbegriff, der die (intendierte) physische Einwirkung auf Andere bezeichnet, wobei zuweilen auch die Drohung mit physischem Zwang hinzugezogen wird (dieser Gewaltbegriff bezieht sich auf beobachtbare Handlungsstrategien und ist so der wissenschaftlichen Analyse gut zugänglich),

2 Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang auch die Auffassungen von Olweus (Olweus 1996), der unter „Bullying“ das anhaltende Drangsalieren Schwächerer durch physische Attacken, üble Nachrede, Mobbing oder Erpressung versteht.

2. den um psychische Gewalt erweiterten Gewaltbegriff, der über physischen Zwang hinaus beispielsweise auch Beleidigungen oder Verachtung als Gewalt definiert (ob derartige Verhaltensweisen als Gewalt anzusehen sind, wird interindividuell und in Abhängigkeit vom Sozialisationskontext sehr unterschiedlich beurteilt, was die Untersuchung psychischer Gewalt erschwert), und
3. den auf strukturelle Gewalt ausgeweiteten Gewaltbegriff, der jene gesellschaftlichen Bedingungen bezeichnet, die den Menschen hinsichtlich seiner körperlichen und geistigen Verwirklichung behindern (Galtung 1975). Dieser Gewaltbegriff charakterisiert Formen der sozialen Ungleichheit, der Herrschaft oder der Armut als Gewalt; er erscheint deshalb – nach Einschätzung von Willems et al. (1993) – analytisch fragwürdig.

Angesichts der verschiedenen Bedeutungsvarianten und Bestimmungsmerkmale erscheint es unmöglich, Gewalt im Alltag mit einer einzigen Definition zu bezeichnen (Parke/Slaby 1983). In Anlehnung an die Unterscheidung von Willems et al. (1993) und den damit verbundenen methodologischen Wertungen wurde bei der theoretischen Konzeption der Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ der restriktive Gewaltbegriff gewählt. Im Fragebogen wurde Gewalt dementsprechend als Schlägereien bzw. physische Gewaltaktionen operationalisiert, die Ohrfeigen, Schläge, Tritte, Zerstörung von persönlichem Eigentum anderer oder Erpressungen unter Androhung der genannten Zwänge beinhalten.

Aktuelle Trends zur Jugendgewalt

Im Rahmen der Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ wird seit dem Jahr 1993 nach der Häufigkeit der Beteiligung an

gewalttätigen Aktionen gefragt. Seinerzeit gaben rund 93 Prozent der Jugendlichen an, sich „Nie“³ bzw. „Selten“ an Schlägereien oder gewalttätigen Aktionen zu beteiligen, während rund sieben Prozent berichteten, „Oft“ bzw. „Manchmal“ zu physischer Gewalt zu greifen. Bei der Erhebung im Jahr 1996 war dann im Vergleich zu 1993 ein deutlicher Anstieg bezüglich der Häufigkeit der Beteiligung an Gewalthandlungen zu verzeichnen („Oft“ bzw. „Manchmal“: +7,4%; „Nie“: -18,0%), weshalb das Thema „Jugendgewalt“ in der Folge stärker in den Fokus der Zeitreihenstudie rückte.

Seit den besorgniserregenden Ergebnissen des Jahres 1996 ist die Häufigkeit der Beteiligung an Schlägereien oder an gewalttätigen Aktionen wieder leicht rückläufig; der Anteil der Jugendlichen, die angeben, „Nie“ an solchen Handlungen teilzunehmen, umfasst derzeit rund 61 Prozent und liegt damit mehr als sechs Prozent höher als im Jahr 1996. Die Ergebnisse der letzten beiden Erhebungswellen von 2005 und 2010 zeigen allerdings auch einen leichten Polarisierungseffekt; parallel zum Anwachsen der Teilgruppe der Jugendlichen, die „Nie“ zur Gewalt greifen, ist auch eine Vergrößerung des Anteils derjenigen festzustellen, die sich „Oft“ an Gewalthandlungen beteiligen (Tab. 1).

Der Indikator „Was halten Sie davon, wenn andere zu Gewalt greifen?“ ist seit dem Jahr 1999 Bestandteil des Fragebogens der „Jugendstudie“. Die Ergebnisse der Trendanalysen zeigen seitdem einen deutlichen Rückgang der Akzeptanz von Gewalthandlungen Anderer. Dementsprechend sind die Anteile der Jugendlichen, welche Gewaltaktionen billigen („Akzeptiere es als ihre Entscheidung“, 1999 vs. 2010: -7,8%), und derjenigen, die Gewalthandlungen

3 Die hier und im Folgenden in Anführungszeichen gesetzten Häufigkeitskategorien entsprechen den jeweiligen Antwortkategorien bei den entsprechenden Fragen im Fragebogen; sie ermöglichen damit eine präzise Nachvollziehbarkeit der Untersuchungsergebnisse.

Tab. 1: Beteiligung an Gewalthandlungen 1993–2010 (in Prozent)

Erhebungsjahr	„Wie häufig beteiligen Sie sich an Schlägereien oder gewalttätigen Aktionen?“			
	„Oft“	„Manchmal“	„Selten“	„Nie“
1993	1,6	5,8	19,8	72,8
1996	2,4	9,5	33,3	54,8
1999	1,4	7,5	34,4	56,7
2005	2,1	8,1	30,0	59,8
2010	2,5	8,4	27,9	61,2

zwar nicht „in Ordnung“ finden, sich aber auch nicht einmischen (1999 vs. 2010: -4,8%) merklich rückläufig. Gleichzeitig ist der Anteil der Jugendlichen deutlich angewachsen, die „absolut dagegen“ sind, „wenn andere zu Gewalt greifen“, und dies auch offen zur Sprache bringen (1999 vs. 2010: +10,0%). Die Teilgruppe der Jugendlichen, die „absolut“ gegen Gewalthandlungen anderer sind, ohne sich allerdings zu trauen, „etwas zu sagen“, hat sich seit 1999 leicht vergrößert (1999 vs. 2010: +3,5%). Der Anteil der Jugendlichen, die Gewalt zumindest „in bestimmten Fällen akzeptabel“ finden, ist zwischen 1999 und 2010 hingegen weitgehend konstant geblieben (1999 vs. 2010: -0,9%; s. Tab. 2).

Tab. 2: Meinung zum Gewalthandeln anderer 1999–2010 (in Prozent)

„Was halten Sie davon, wenn andere zu Gewalt greifen?“														
„Akzeptiere es als ihre Entscheidung“			„Finde es nicht in Ordnung; mische mich aber nicht ein“			„In bestimmten Fällen akzeptabel“			„Absolut dagegen; traue mich aber nicht, etwas zu sagen“			„Absolut dagegen und sage es auch“		
1999	2005	2010	1999	2005	2010	1999	2005	2010	1999	2005	2010	1999	2005	2010
20,7	14,7	12,9	24,3	19,4	19,5	21,2	21,0	20,3	10,3	12,1	13,8	23,5	32,8	33,5

Bei der Ablehnung von Gewaltaktionen Anderer sehen sich die Jugendlichen in der Schule meist durch ihre Lehrer unterstützt: Die Ergebnisse der Auswertungen für die Indikatoren zur Reaktion der Lehrer auf Gewaltaktionen verdeutlichen, dass seit dem Jahr 1999, in dem diese Indikatoren erstmals Bestandteil des Fragebogens der Zeitreihenstudie waren, konstant vier von fünf Lehrern „Nicht“ bzw. „Kaum“ wegsehen, wenn sie bei Schülern Gewalthandlungen beobachten (Tab. 3). Die Lehrer intervenieren stattdessen zumeist aktiv gegen gewalttätige Auseinandersetzungen, indem sie „dazwischen gehen“, sich nach den Gründen für das Gewalthandeln erkundigen, schimpfen und nicht selten auch Strafen aussprechen.

Tab. 3: Reaktion der Lehrer auf Gewalt 1999–2010 (in Prozent)

Reaktion der Lehrer auf Gewalt: „Sie sehen weg“											
„Stimmt völlig“			„Stimmt teilweise“			„Stimmt kaum“			„Stimmt nicht“		
1999	2005	2010	1999	2005	2010	1999	2005	2010	1999	2005	2010
4,1	5,6	5,7	16,1	14,4	13,4	22,6	18,5	21,8	57,3	61,5	59,2

Analysen zu den Ursachen von Gewalt

Im Rahmen der Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ wurde auch der Frage nachgegangen, welche Entwicklungsbedingungen die Gewaltbereitschaft Jugendlicher beeinflussen und somit mögliche Ansatzpunkte für eine erfolgreiche Prävention und Intervention bieten könnten. Diesbezügliche Untersuchungen erfolgten anhand der Daten, die bei den Erhebungswellen der Jahre 1999 und 2001 erhoben wurden. In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, dass die Erhebungswelle des Jahres 2001 einen besonderen Stellenwert im Rahmen der Zeitreihenstudie

einnimmt, da damals ein Großteil der im Jahr 1999 interviewten Schüler nochmals befragt wurde („Panelanalyse“). Dadurch war es möglich, die Entwicklungsverläufe von bestimmten Einstellungen und Verhaltensmustern zu modellieren (Sturzbecher/Hess/Them 2002).

Als statistisches Verfahren zur Untersuchung der Entwicklungsbedingungen von Gewaltbereitschaft wurden hierarchische Regressionsanalysen verwendet. Der Ausgangswert des Indikators „Allgemeine Gewaltbereitschaft“ von 1999 wurde stets als erstes Merkmal in die durchgeführten Analysen einbezogen; der Einfluss dieses Indikators auf die „Allgemeine Gewaltbereitschaft im Jahr 2001“ wurde als Stabilitätsmaß aufgefasst. Alles, was darüber hinaus an unerklärter Varianz übrig blieb, wurde als Maß für die Veränderung der „Allgemeinen Gewaltbereitschaft“ in den Jahren von 1999 bis 2001 interpretiert. Das Ziel der statistischen Analysen bestand darin, diesen Veränderungsteil mit den im Jahr 2001 erfassten Indikatoren aufzuklären (Sturzbecher/Hess/Them 2002). Diese Indikatoren entstammten fünf unterschiedlichen Inhaltsbereichen: Aus den Ergebnissen der Erhebungswellen der Jahre 1999 und 2001 wurde abgeleitet, dass bestimmte Persönlichkeitseigenschaften (1.) zur Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen beitragen. Darüber hinaus war bekannt, dass die schulischen Umfeldbedingungen (2.) einen maßgeblichen Einfluss auf die Gewaltneigung Jugendlicher ausüben. Weiterhin konnte belegt werden, dass auch familiäre Faktoren, (3.) politische Einstellungen (4.) und der Einfluss von Peers (5.) die Entstehung von Gewaltbereitschaft befördern (Langner/Sturzbecher 1997; Sturzbecher/Landua/Shala 2001; Sturzbecher/Hess/Them 2002).

Welche Ergebnisse erbrachten nun die durchgeführten Auswertungen? In einem ersten Schritt wurde der statistische Einfluss einer Vielzahl von Indikatoren aus den genannten fünf Bereichen

(Persönlichkeit, Schule, Familie, politische Einstellungen, Peer-Gruppe) auf die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen mit Hilfe verschiedener Regressionsmodelle untersucht. Im Ergebnis der durchgeführten Berechnungen wurde festgestellt, dass lediglich die Indikatoren „(Individuelle) Erregbarkeit“, „Elterliche Restriktion“, „Lehrer sehen bei Gewalt weg“, „Schulisches Gewaltniveau“, „Gewaltakzeptierende Clique“ und „Rechtsextremismus“ einen statistisch signifikanten Beitrag zur Aufklärung des Varianzanteils leisteten, der nicht durch die „Allgemeine Gewaltbereitschaft“ von 1999 erklärt werden konnte (Sturzbecher/Hess/Them 2002).

Da sich Jungen und Mädchen ggf. hinsichtlich der Ursachen und Formen ihrer Gewaltbereitschaft unterscheiden (Langner & Sturzbecher, 1997), wurden in einem zweiten Schritt getrennt hierarchische Regressionsanalysen berechnet, um geschlechtsspezifische Unterschiede hinsichtlich der Bedeutung der genannten Einflussfaktoren auf die Entwicklung von Gewaltbereitschaft im Jugendalter zu beschreiben. Da Mädchen nachweislich seltener an gewalttätigen Auseinandersetzungen beteiligt sind, wurde angenommen, dass bei ihnen im Vergleich zu den Jungen situative Bedingungen weniger Einfluss ausüben, während grundlegende persönliche Einstellungen eine größere Rolle spielen. Die folgende Tabelle zeigt die Ergebnisse der durchgeführten Analysen (Tab. 4).

Zunächst zeigte sich (im Zusammenhang mit der Vorhersagekraft des Ausgangswertes von 1999), dass die „Allgemeine Gewaltbereitschaft“ bei Mädchen, sofern überhaupt vorhanden, offenbar stabiler ist als bei Jungen. Wenn also Mädchen überhaupt gewaltbereit sind, dann scheint dies – wie vermutet – eher auf einer stabilen Gewaltakzeptanz zu beruhen und weniger auf wechselnden situativen Gegebenheiten. Dieses Ergebnis erscheint plausibel, da bei Mädchen im Gegensatz zu Jungen das Austreten von

Tab. 4: Geschlechtsspezifisches Regressionsmodell zur Erklärung der „Allgemeinen Gewaltbereitschaft“ (Hierarchische Regression; letzter Schritt)

Bereiche	Prädiktoren	Jungen ($R^2 = .47$)		Mädchen ($R^2 = .41$)	
		β	ΔR^2	β	ΔR^2
Ausgangswert	Allgemeine Gewaltbereitschaft 1999	0.17*	0.17	0.23	0.22
Persönlichkeit	Erregbarkeit	0.15	0.07	0.14	0.07
Familie	Elterliche Restriktion	0.09	0.02	0.14	0.02
Schule	„Lehrer sehen bei Gewalt weg“	0.15	0.07	n.s.	0.04
	Schulunlust	n.s.		0.13	
	Schulisches Gewaltniveau	0.12		n.s.	
Peers	Gewaltakzeptierende Clique	0.15	0.02	0.18	0.03
Politische Einstellungen	Rechtsextremismus	0.38	0.13	0.24	0.05

*Anmerkungen: Die angeführten β -Koeffizienten sind mindestens auf 5 %-Niveau signifikant. Nicht signifikante Koeffizienten sind mit n.s. bezeichnet.

Grenzen und aggressive Selbstbehauptung nicht zum Rollenbild gehören und deshalb das weibliche Gewalttabu nur durch starke und stabile gewaltbejahende Persönlichkeitsstrukturen gebrochen wird. Die individuelle Erregbarkeit beförderte sowohl bei Jungen als auch bei Mädchen die Entwicklung von Gewaltbereitschaft. Ein restriktiver Erziehungsstil im Elternhaus spielte für Mädchen eine etwas bedeutsamere Rolle für die Herausbildung von Gewaltbereitschaft als für Jungen. Dies lässt sich einerseits damit erklären, dass Mädchen mit hochrestriktiven Eltern wahrscheinlich auch häufiger Elternkonflikte und mütterliche Aggressivität als Rollenmodell erleben. Andererseits werden Jungen schon im jüngeren Alter Freiräume zugestanden, während Mädchen noch häufiger durch einen restriktiven Erziehungsstil beschränkt bzw. „behütet“ werden. Das kann bei „aufmüpfigen“ Töchtern unter

Umständen zu frustrationsbedingten Aggressionen führen (Sturzbacher/Hess/Them 2002).

Die Mitgliedschaft in einer gewaltakzeptierenden Clique förderte bei Jungen und bei Mädchen stark und in ähnlicher Weise die Herausbildung von Gewaltbereitschaft. Dagegen zeigten sich deutliche Geschlechtsunterschiede hinsichtlich des Erklärungsbeitrags schulischer Bedingungen für die Entwicklung von Gewaltbereitschaft. Während bei Jungen ein schulisches Umfeld, in dem Gewalttaten zur Normalität gehören und die Lehrerschaft auf Sanktionen verzichtet, offenbar stark zu eigener Gewalttätigkeit animiert, trifft dies bei Mädchen nicht zu. Bei Mädchen förderte dagegen eine geringe Schulmotivation stärker die Bereitschaft zur Gewalt. Dies zeigt, dass in Schulen mit hoher Gewaltakzeptanz sich auch leistungsbereite Jungen an Gewaltaktionen beteiligen, also „Gelegenheit Diebe macht“. Bei Mädchen dagegen ist Gewaltbereitschaft gegebenenfalls eher nicht situationsbedingt, sondern Teil eines komplexeren Persönlichkeitssyndroms, zu dem stark ausgeprägte asoziale und leistungsfeindliche Einstellungen gehören. Schließlich zeigte sich bei Mädchen wie auch bei Jungen ein hoher Zusammenhang zwischen Gewaltbereitschaft und Rechtsextremismus.

Förderung von Friedfertigkeit durch Werteerziehung

Wenn auch die inhaltlichen Facetten einer wirksamen Gewaltprävention vielfältig sind, so müssen sie doch alle auf ein Ziel fokussieren: die Förderung der moralischen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Aber wie fördert man moralische Entwicklung?

Oser und Althof (1992) weisen darauf hin, dass Bemühungen um moralische Erziehung bzw. um die Vermittlung bestimmter

moralischer Werte in der Regel keine schnellen Erfolge produzieren. Kurzzeitige Interventionen haben meist keinen Effekt; die Förderung der moralischen Entwicklung sei meist nur langfristig und über viele Problembearbeitungen möglich. Für die Vermittlung des Wertes „Friedfertigkeit“ führen die Autoren drei „eiserne“ Regeln an:

1. Instruktionen (inkl. kurzzeitiger pädagogischer Angebote) und Strafen haben kaum Effekte auf moralisches Urteilen und Handeln. Diese können nur über die geduldige Bearbeitung realer Konflikte in der sozialen Gemeinschaft verbessert werden, wobei jeder authentische Konflikt eine Chance darstellt, die moralische Entwicklung zu fördern.
2. Man darf Kinder und Jugendliche nicht mit Argumenten aus der sozio-moralischen Systemperspektive überfordern: Es hilft nichts, darauf hinzuweisen, dass jede Gesellschaft Normen benötigt und jedem Einzelnen individuelle Pflichten zukommen. Erziehungspersonen sollten vielmehr zunächst die Goldene Regel vermitteln („Was Du nicht willst, das man dir tu, das füge auch keinem anderen zu!“). Später sollte die Fähigkeit zum Perspektivenwechseln gefördert werden, indem stärker auf die Perspektiven der Opfer fokussiert wird. Danach kann eine sukzessive Dezentrierung des moralischen Handlungs- und Urteilsvermögens forciert werden, indem zum Beispiel rechtspädagogische Diskussionen geführt werden.
3. Bei der Werteerziehung ist unbedingt zu beachten, dass für Kinder bzw. Jugendliche Argumente von Gleichaltrigen in der Regel wichtiger und überzeugender erscheinen als die von Eltern und Lehrern. Gewaltprävention kann also nur erfolgreich sein, wenn sie auf die aktive Partizipation der Jugendlichen und auf Meinungsstreit setzt (Sturzbecher/Hess/Them 2002).

Rechtsextremismus unter brandenburgischen Jugendlichen

Definitionen und Operationalisierung von Rechtsextremismus

Der Begriff „Rechtsextremismus“ wird in der Fachliteratur ebenfalls verschiedenartig definiert. Politikwissenschaftliche Definitionen stellen den Aspekt des „Extremismus“, d. h. der Verfassungsfeindlichkeit, in den Mittelpunkt. Backes und Jesse (1996) verstehen beispielsweise unter Rechtsextremismus einen häufig mit Ausländerhass verbundenen fanatischen Nationalismus, der mit einer Negierung der menschlichen Fundamentalgleichheit und einer Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaats einhergeht. (Rechts-) Extremismus grenzt dabei an Terrorismus. Letzterer unterscheidet sich vom Extremismus lediglich dadurch, dass zusätzlich in geplanter und organisierter Art und Weise Gewalt angewendet wird, um politische Ziele durchzusetzen (Jesse 2007).

Während die politikwissenschaftliche Begriffsbestimmung für „Rechtsextremismus“ auf einer abstrakten Ebene, a priori und ausgehend von den grundlegenden Prinzipien demokratisch verfasseter Staaten erfolgt (Backes 1989; Brodkorb 2010), gehen andere Ansätze stärker vom empirisch Vorgefundenen aus: Nach Stöss stellt Rechtsextremismus einen „Sammelbegriff für verschiedenartige gesellschaftliche Erscheinungsformen [dar], die als rechtsgerichtet, undemokratisch und inhuman gelten“ (Stöss 2000, S. 20).

Da nicht jede rechtsextreme Handlung mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild einhergeht und sich umgekehrt rechtsextremes Denken nicht notwendigerweise in beobachtbarem Verhalten niederschlägt, erscheint es außerdem sinnvoll, zwischen rechtsextremen Einstellungen und rechtsextremem Verhalten zu unterscheiden (ebd., S. 23).

Auf der Verhaltensebene äußert sich Rechtsextremismus im Wahlverhalten, in der Mitgliedschaft in rechtsextremen Organisationen und Gruppierungen, im Verwenden nazistischer Zeichen und Symbole (Hakenkreuz, „Hitlergruß“, Siegrune), in spontanen Akten der Gewalt gegen „Ausländer“ und linksalternative Jugendliche oder auch in geplanten Anschlägen, zum Beispiel auf Imbisse mit „ausländischen“ Inhabern oder auf politische Gegner.

Auf der Einstellungsebene kann Rechtsextremismus als ein Einstellungsmuster mit bestimmten inhaltlichen Merkmalen beschrieben und mittels entsprechend konstruierter Indikatoren in repräsentativen Befragungen messbar gemacht werden (Heitmeyer 2009; Stöss/Niedermayer 2008). Die Ergebnisse solcher Befragungen zeigen, dass rechtsextremistische Denkweisen kein seltenes und auf Jugendliche beschränktes Phänomen darstellen, sondern in allen Altersgruppen und Schichten der Bevölkerung zu finden sind. In der Tabelle 5 sind die Einstellungsmerkmale beschrieben, die nach Stöss (2000) den Rechtsextremismus in Deutschland charakterisieren. Dieser ist nach Roth verglichen mit anderen europäischen Ländern „vergangenheitsfixiert“ (Stöss 2010, S. 21). Das bedeutet, die extreme Rechte bezieht sich in Deutschland stark auf die „Gedankenwelt des Nationalsozialismus (Revisionismus, Symbolik, historische Mobilisierungsanlässe) und seine[...] Politikkonzepte[...] (Freund/Feind, maskuline Gewalt, Opfermythos, Volksgemeinschaft)“ (ebd.).

Wie anhand von Tabelle 5 ersichtlich ist (rechte Spalte), entspricht die Erfassung von Rechtsextremismus⁴ im Rahmen der Studie „Jugend in Brandenburg“ weitgehend dem Verständnis von Stöss (2000). Allerdings sind die Rechtsextremismus-Aspekte „Ethnozentrismus“ und „Wohlstandschauvinismus“ Bestandteil der separaten Skala „Ausländerfeindlichkeit“, welche außer den in

4 Die Konstruktion der Skala wird beschrieben bei Sturzbecher/Landua/Heyne 2001.

Tabelle 5 aufgeführten Indikatoren noch weitere, höherschwellige Aussagen beinhaltet (z. B. „Ausländer muss man aufklatschen und raushauen“).

Tab. 5: Merkmale rechtsextremistischer Denkmuster (nach Stöss, 2000) und Vergleich mit der Erfassung von Rechtsextremismus in der Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“

Merkmal	Beschreibung nach Stöss	Erfassung in der Studie „Jugend in Brandenburg“: Zustimmung zu der Aussage/den Aussagen ...
Übersteigter Nationalismus	„... erklärt die Wahrung und Stärkung der eigenen Nation zum obersten Prinzip menschlichen Denkens und Handelns und wertet andere Nationen ab.“	„Die Deutschen sind anderen Völkern grundsätzlich überlegen.“
Fremdenfeindlichkeit (oder auch Ethnozentrismus)	„... bewertet die Eigenschaften der eigenen Volksgruppe besonders hoch und neigt dazu, fremde Volksgruppen zu benachteiligen, auszugrenzen oder gar abzuwerten.“	„Deutschland den Deutschen – Ausländer raus.“ „Wir sollten jeden Ausländer, der in unserem Land leben möchte, willkommen heißen.“ (umgepolt)
Wohlstandschauvinismus	„... diskriminiert die Mitglieder fremder Volksgruppen im eigenen Land nicht prinzipiell, will ihnen aber die Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand verwehren“.	„Bei entsprechender Qualifikation sollten Ausländer dieselben Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben wie Deutsche.“ (umgepolt)
Pro-Nazismus	„... zielt darauf ab, den Nationalsozialismus zu verharmlosen oder sogar zu rechtfertigen.“	„Der Faschismus bzw. Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“ „In den Berichten über Konzentrationslager und Judenverfolgung wird viel übertrieben dargestellt.“
Antisemitismus	ist „... die Feindschaft gegenüber Juden, die als minderwertig und gefährlich angesehen werden.“	„Die Juden sind mitschuldig, wenn sie gehasst und verfolgt werden.“
Autoritarismus	„... ist – vereinfacht ausgedrückt – die Bereitschaft zur freiwilligen Unterwerfung unter Stärkere bzw. unter nicht legitimierte Herrschaft und die Neigung zur Beherrschung Schwächerer.“	„Deutschland braucht wieder einen Führer/starken Mann, der zum Wohle aller regiert.“ „Das Wichtigste in der heutigen Zeit ist die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, notfalls auch mit Gewalt.“

Trends zur Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen

Wie hat sich die Akzeptanz gegenüber rechtsextremistischen Statements im Verlauf der Zeitreihenstudie verändert? Der Anteil derer, die rechtsextremistische Positionen „Völlig“ ablehnen, ist seit 1993 stetig gewachsen und umfasst inzwischen deutlich mehr als die Hälfte der Jugendlichen in Brandenburg. Im gleichen Zeitraum hat sich der Anteil derer, welche rechtsextremistische Statements „Tendenziell“ oder „Völlig“ befürworten, in etwa halbiert, wobei sich diese Anteile zwischen 2005 und 2010 nicht verändert haben. Auch im Jahr 2010 findet sich ein „harter Kern“ von rund drei Prozent der Jugendlichen, der rechtsextremistischen Aussagen uneingeschränkt zustimmt (Tab. 6).

Tab. 6: Befürwortung bzw. Ablehnung rechtsextremistischer Statements unter Brandenburger Jugendlichen 1993–2010 (in Prozent)

Erhebungsjahr	Rechtsextremistische Statements werden ...			
	... völlig abgelehnt	... tendenziell abgelehnt	... tendenziell befürwortet	... völlig befürwortet
1993	37,3	36,7	19,0	6,9
1996	38,8	42,1	15,1	4,0
1999	41,6	38,2	17,2	3,1
2005	52,7	34,1	10,4	2,8
2010	60,2	26,4	10,5	2,9

Der Rückgang rechtsextremistischer Einstellungen korrespondiert mit entsprechenden Veränderungen bei ausländerfeindlichen Einstellungen. Im Jahr 1993 wurden ausländerfeindlichen Statements von 14,4 Prozent der Jugendlichen „Völlig“ und von 24,0 Prozent „Tendenziell“ befürwortet. Im Jahr 2010 liegen die entsprechenden Anteile bei 5,9 beziehungsweise 16,4 Prozent. Der Anteil der Jugendlichen, die ausländerfeindliche Statements „Völlig“ ablehnen, beträgt im Jahr 2010 45,7 Prozent (1993: 31,6%).

Einflussfaktoren auf die Ausbildung rechtsextremer Orientierungen

Der „harte Kern“ mit stark ausgeprägten rechtsextremistischen Einstellungen ist zu rund 85 Prozent männlich; und er besteht zu rund 80 Prozent aus Oberschülern und Auszubildenden an Oberstufenzentren. Die Ergebnisse für die Erhebungswelle des Jahres 2010 zeigen, dass Rechtsextremismus geschlechts- und bildungsabhängig ist, wenngleich weder der Einfluss der Variable „Geschlecht“ noch der Einfluss der Variable „Schulform“ bezogen auf die Gesamtstichprobe als groß zu klassifizieren ist (Cramérs $V = 0.22$; Partielles Eta $\eta_p = 0.15$ bzw. $V = 0.20$; $\eta_p = 0.22$). Die „Höhe“ des Rechtsextremismus variiert außerdem in Abhängigkeit von der betrachteten Altersgruppe (Spearman’s Rho $\rho = -0.17$; $\eta_p = 0.14$). Dabei sind rechtsextremistische Einstellungen in der jüngsten Altersgruppe („12 bis 14 Jahre“) am höchsten und in der ältesten Altersgruppe („Ab 18 Jahre“) am geringsten ausgeprägt. Alle für die Daten der Erhebungswelle des Jahres 2010 bestimmten geschlechts-, bildungs- und altersbezogenen Unterschiede wurden in ähnlicher Weise schon in früheren Erhebungswellen der „Jugendstudie“ beobachtet (Holtmann/Görl 2007).

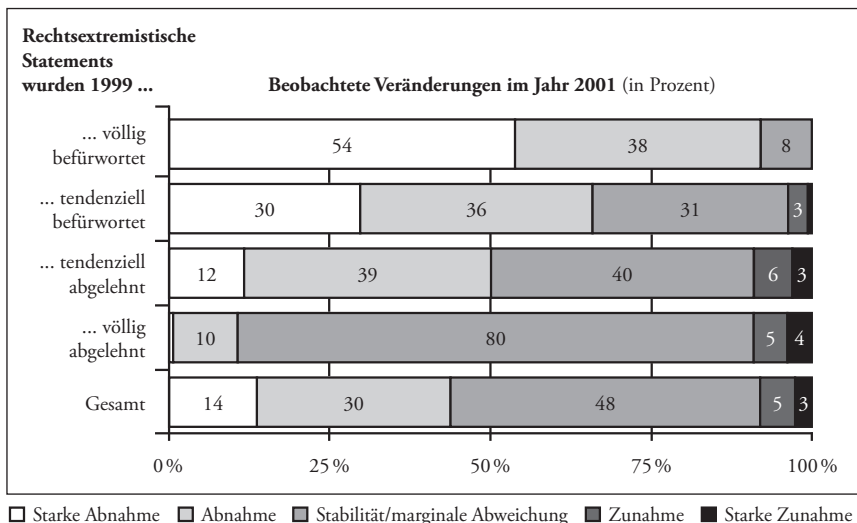
Oftmals setzt die rechtsextremistische Affinisierung von Jugendlichen frühzeitig ein, d. h. im Alter von zwölf bis 14 Jahren oder sogar noch früher. Dabei ist eine negative Einstellung zur Staatsform „Demokratie“ zunächst nur bei wenigen Jugendlichen Bestandteil des rechtsextremistischen Denkmusters; sie scheint für die Übernahme autoritaristischer, pro-nazistischer, antisemitischer und fremdenfeindlicher Positionen nicht ausschlaggebend zu sein. Was aber sind die Einflussfaktoren, die darüber entscheiden, ob die Sympathie gegenüber dem Rechtsextremismus nur eine kurze Episode darstellt oder sich die Einstellungen „verfestigen“ und möglicherweise zu politisch motivierter Kriminalität (z. B.

Propagandadelikte, Gewalt gegen linksgerichtete Jugendliche) führen?

Diese Frage konnte mit Hilfe der Panelanalyse beantwortet werden, welche – wie bereits erwähnt – im Rahmen der fünften Erhebungswelle der Zeitreihenstudie im Jahr 2001 realisiert wurde. Die Auswertungen der individuellen Entwicklungsverläufe bezüglich der Ausprägung rechtsextremistischer Einstellungen ergab, dass bei mehr als der Hälfte der Jugendlichen, die 1999 rechtsextremistische Einstellungen aufwiesen, im Jahr 2001 wieder eine Abnahme zu verzeichnen war (Landua/Harych/Schutter 2002). Gerade bei den Jugendlichen, die rechtsextremistischen Statements im Jahr 1999 „Völlig“ zustimmten, konnte zum zweiten Befragungszeitpunkt eine Abkehr von rechtsextremistischen Einstellungsmustern erkannt werden (Abb. 1).

Anhand der Paneldaten wurde außerdem mit Hilfe einer logistischen Regressionsanalyse untersucht, welche Veränderungen

Abb. 1: Individuelle Veränderungen in Bezug auf Rechtsextremismus von 1999 bis 2001 (Daten gemäß Landua, Harych & Schutter, 2002, S. 39)



bezüglich ausgewählter Merkmale mit Zunahmen oder Abnahmen rechtsextremistischer Einstellungen einhergehen. Tabelle 7 zeigt, welche Merkmale sich dabei als statistisch bedeutsam erwiesen haben.

Tab. 7: Logistische Regressionsanalyse zu Rechtsextremismus
(nach Landua, Harych & Schutter, 2002)

Grup- pierungs- variable	Gruppe: Zunahme	Reg.- koef.*	Signi- fikanz	Gruppe: Abnahme	Reg.- koef.	Signi- fikanz
Rechts- extremis- mus	Ausländer- feindlichkeit	1.28	0.00	Allgemeine Gewaltbereitschaft	-0.62	0.04
	Allgemeine Ge- waltbereitschaft	1.18	0.05	Selbst einge- schätzte Politische Kompetenz	0.55	0.00
				Familiäre Vernach- lässigung	-0.32	0.05
				Anteil „rechter“ Cliquesmitglieder	-0.70	0.01

*Die Regressionskoeffizienten sind standardisiert, daher direkt miteinander vergleichbar. Ein hoher Wert entspricht dabei einem hohen Zusammenhang. Negative Werte stehen für inverse Beziehungen.

Die in der Tabelle 7 dargestellten Ergebnisse der logistischen Regressionsanalyse verdeutlichen, dass eine Zunahme rechtsextremistischer Einstellungen häufig von einem Anwachsen der Ausländerfeindlichkeit begleitet wird. Weiterhin ist Rechtsextremismus auch sehr eng mit Gewaltbereitschaft verbunden: Eine Zunahme der Gewaltbereitschaft korrespondiert mit einem Anstieg rechtsextremistischer Einstellungen; und ein Rückgang rechtsextremistischer Einstellungen wird häufig auch von einem Rückgang der Gewaltbereitschaft flankiert. Dieses Ergebnis legt nahe, dass der Wesenskern des „jugendlichen Rechtsextremismus“ nicht in politischen Programmatiken liegt. Vielmehr könnte die Teilnahme an

der rechtsextremen Subkultur durch das lustvolle Erleben eines dominanten Auftretens und durch Selbstinszenierungen von stereotyper Männlichkeit motiviert werden (Hennig 1989).

Eine Zunahme der (selbst eingeschätzten) politischen Kompetenz und eine sinkende Anzahl „rechter“ Mitglieder innerhalb der eigenen Clique scheinen sich gemäß der Ergebnisse aus Tabelle 7 ebenfalls positiv auf einen Rückgang der Ausprägung von rechtsextremistischen Einstellungen auszuwirken (Landua/Harych/Schutter 2002).

Präventionsempfehlungen gegen Rechtsextremismus

Schon aufgrund der engen Beziehung zwischen Gewaltbereitschaft und Rechtsextremismus gelten die aufgeführten Empfehlungen für eine Erziehung zur Friedfertigkeit auch für das präventive Handeln gegen Rechtsextremismus. Die skizzierten Ergebnisse der Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ zum Rechtsextremismus erlauben jedoch, die unter „Förderung von Friedfertigkeit durch Werteerziehung“ aufgeführten Empfehlungen wie folgt zu ergänzen:

1. Dissonanz schaffen: Dissonanztheoretische Ansätze der Sozialpsychologie (z. B. Festinger 1957) gehen davon aus, dass (rechtsextremistische) Einstellungen keinen Bestand haben, wenn die Fülle der mit ihnen konfligierenden Einstellungen und folglich die als unangenehm empfundene kognitive Dissonanz zu groß wird. Im Rahmen der Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus sollten daher gezielt Erfahrungen gefördert werden, die den Komponenten rechtsextremer Einstellungsmuster (übersteigerter Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit usw.) widersprechen. Hilfestellung geben dabei Argumenta-

- tionshilfen, wie sie zum Beispiel von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegeben werden (BPB 2010).
2. Alternativen bieten: Wirksame Präventionsarbeit beschränkt sich nicht darauf, gegen etwas zu argumentieren, sondern zeigt Verhaltens- und Einstellungsalternativen auf. Angebote zur aktiven demokratischen Mitwirkung können erfahrbar machen, dass die Welt nicht allein von anonymen „Mächtigen“ beherrscht wird (externe Kontrollüberzeugung) und dass das Lösen konkreter Probleme in sozialen Aushandlungsprozessen zielführender ist als diffuser politischer Protest in extremistischen Gruppen.

Literatur

- Backes, Uwe 1989: Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard 1996: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, hg. v. Bundeszentrale für Politische Bildung, 4. Aufl., Bonn.
- BPD – Bundeszentrale für politische Bildung 2010: Argumente gegen rechtsextreme Vorurteile [Online], verfügbar unter: http://www.bpb.de/themen/UMK5UD,0,Argumente_gegen_rechtsextreme_Vorurteile.html (Abfrage v. 1. 8. 2010).
- Brodkorb, Matthias 2010: Kritik der Kritik – Über die missverständene Extremismustheorie. Zeit Online [Online], verfügbar unter: http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2010/07/23/kritik-der-kritik-%E2%80%93-uber-die-missverstandene-extremismustheorie_4053 (Abfrage v. 29. 7. 2010).
- Festinger, Leon 1957: A Theory of Cognitive Dissonance. Stanford/CA.
- Galtung, Johan 1975: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Hamburg.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) 2009: Deutsche Zustände, Folge 7, Frankfurt a. M.

- Hennig, Eike 1989: Die Bedeutung von Symbol und Stil für den Neonazismus und die Rechtsextremismusforschung in der Bundesrepublik, in: Voigt, Rüdiger (Hg.): Symbole der Politik – Politik der Symbole, Opladen, S. 179–196.
- Holtmann, Dieter/Görl, Tilo 2007: Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus. In: Sturzbecher, Dietmar/Holtmann, Dieter (Hg.): Werte, Familie, Politik, Was bewegt die Jugend? Aktuelle Ergebnisse einer Befragung, Berlin.
- Jesse, Eckhard 2007: Die unterschiedliche Wahrnehmung von Rechts- und Linksextremismus, in: Extremismus in Deutschland – Schwerpunkte, Perspektiven, Vergleich, hg. v. Hanns-Seidel-Stiftung, München, S. 8–17.
- Landua, Detlef/Harych, Peter/Schutter, Sabina 2002: Politische Einstellungen, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus, in: Sturzbecher, Dietmar (Hg.): Jugendtrends in Ostdeutschland: Bildung, Freizeit, Politik, Risiken, Opladen, S. 39–63.
- Langner, Winfried/Sturzbecher, Dietmar 1997: „Aufklatschen, plattmachen, Zecken jagen!“ – Jugendgewalt in Brandenburg, in: Sturzbecher, Dietmar (Hg.): Jugend und Gewalt in Ostdeutschland. Lebenserfahrungen in Schule, Freizeit und Familie, Göttingen, S. 170–208.
- Oser, Fritz/Althof, Wolfgang 1992: Moralische Selbstbestimmung, Stuttgart.
- Olweus, Dan 1996: Gewalt in der Schule. Was Lehrer und Eltern wissen sollten – und tun können, Göttingen.
- Parke, Ross D./Slaby, Ronald G. 1983: The development of aggression, in: Mussen, Paul H.: Handbook of child psychology, Bd. 4, 4. Aufl., New York, S. 547–641.
- Pospeschill, Markus 2009: SPSS – Durchführung fortgeschrittener statistischer Verfahren, 8. überarb. Aufl., Hannover.
- Roth, Roland 2010: Demokratie braucht Qualität! Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus [Online], verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/do/07303.pdf> (Abfrage v. 27. 7. 2010).
- Stöss, Richard 2000: Rechtsextremismus im vereinigten Deutschland [Online], verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/ostdeutschland/00887.pdf> (Abfrage v. 15. 5. 2010).

- Stöss, Richard/Niedermayer, Oskar 2008: Rechtsextreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg 2000–2008 [Online], verfügbar unter: http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/forschung/media//rex_00_08.pdf (Abfrage v. 17. 2. 2010).
- Sturzbecher, Dietmar/Hess, Markus/Them, Wiebke 2002: Jugendgewalt und Reaktionen des sozialen Umfelds, in: Sturzbecher, Dietmar (Hg.): Jugendtrends in Ostdeutschland: Bildung, Freizeit, Politik, Risiken, Opladen, S. 182–209.
- Sturzbecher, Dietmar/Landua, Detlef/Shala, Hossein 2001: Jugendgewalt unter ostdeutschen Jugendlichen, in: Sturzbecher, Dietmar (Hg.): Jugend in Ostdeutschland: Lebenssituationen und Delinquenz, Opladen, S. 249–300.
- Sturzbecher, Dietmar/Dietrich, Peter/Kohlstruck, Michael 1994: Jugend in Brandenburg 93, hg. v. Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Potsdam.
- Sturzbecher, Dietmar/Landua, Detlef/Heyne, Matthias 2001: Politische Einstellungen und Rechtsextremismus unter ostdeutschen Jugendlichen, in: Sturzbecher, Dietmar (Hg.): Jugend in Ostdeutschland: Lebenssituationen und Delinquenz, Opladen.
- Willems, Helmut/Eckert, Roland/Würtz, Stefanie/Steinmetz, Linda 1993: Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation, Opladen.